

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Ein großartiger Wahlsieg der Allianz für Deutschland

„Diese erste wirklich freie, geheime und direkte Wahl in der DDR ist ein historisches Ereignis. Es ist die erste wirklich freie Wahl seit 58 Jahren, und die wohl friedlichste Revolution in der Geschichte der Deutschen hat sie möglich gemacht.“ Mit diesen Worten trat der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, noch am Wahlabend vor die Presse in Bonn und drückte in dieser „glücklichen Stunde“ all denen seinen Dank aus, die zu dem großartigen Wahlsieg der Allianz für Deutschland beigetragen haben (Seite 3).

Der Bundeskanzler richtete seinen Dank an die Freunde im westlichen Bündnis, allen voran an die Amerikaner, die immer an dem Gedanken der Einheit der Nation festgehalten haben, und er nannte auch Präsident Gorbatschow, der es ermöglicht habe, daß das Selbstbestimmungsrecht nun durch freie Wahlen zur Geltung gekommen ist.

Unsere Dankbarkeit – so der Kanzler – richte sich aber vor allem an die Männer und Frauen in der DDR, die auf den Straßen und Plätzen für Freiheit, für Bürgerrechte, für freie Wahlen demonstriert und sie auch durchgesetzt haben.

Eine „glückliche Stunde“ auch aus einem anderen Grund: Mit ihrer Entscheidung haben sich die Bürger der DDR gegen jede Form von Extremismus entschieden. Sie haben der Nachfolgeorganisation der kommunistisch-sozialistischen Einheitspartei eine

(Fortsetzung auf Seite 3)

HEUTE AKTUELL

● Wahlanalyse

Infas: CDU und DSU sind zu Parteien der Industriearbeiterschaft geworden. Seite 10

● Kommentare

Auslandspresse zur Volkskammerwahl. Seite 15 (Kommentare deutscher Tageszeitungen im grünen Teil)

● Deutschland

Konrad Adenauer zur deutschen Einheit: Ein deutsches wie ein europäisches Werk. Seite 18

● Kommunalwahlen

Die neuen Oberbürgermeister in Bayern. Seite 22

● Übersiedler

Notaufnahme wird zum 1. Juli aufgehoben. Seite 19

● Abrüstung

Alfred Dregger begrüßt C-Waffen-Abzug. Seite 26

● Dokumentation

Die erste freie Wahl zur Volkskammer der DDR. Das vorläufige Ergebnis mit den Ergebnissen in den Wahlkreisen. Grüner Teil

Lothar de Maizière:

Dank an Helmut Kohl und an die Freunde in der CDU

Das Präsidium der CDU dankt allen Freunden aus der Bundesrepublik Deutschland, die im Wahlkampf mit großem Einsatz an der Seite der „Allianz für Deutschland“ gestanden haben.

Ihre Ideen und ihr persönliches Engagement, die aus einer reichen demokratischen Erfahrung erwachsen sind, haben geholfen, daß am 18. März ein unerwartet gutes Ergebnis erreicht

wurde. Wir danken für den Beitrag, den der Vorsitzende unserer westdeutschen Schwesterpartei, Bundeskanzler Helmut Kohl, persönlich geleistet hat.

In der Zusammenarbeit zwischen den Unionsparteien in Ost und West und ihren Mitgliedern kommt die Tatsache zum Ausdruck, daß wir uns nun gemeinsam auf dem Weg nach Deutschland befinden. Diesen Kurs wollen wir beibehalten.

Ohne Hilfe wäre unsere Arbeit nicht möglich gewesen

Die Partei Demokratischer Aufbruch dankt der Bundesregierung, insbesondere dem Bundeskanzler und der CDU Deutschlands, für alle Hilfe bei der Volkskammerwahl 1990 in der DDR. Ohne diese Hilfe wäre die Arbeit für die Allianz für Deutschland in den Dörfern, Gemeinden, kleinen und großen Städten dieses Landes nicht möglich gewesen.

Oswald Wutzke
Generalsekretär
des Demokratischen
Aufbruchs

Große Freude über so viele Freunde an unserer Seite

Ich möchte auf diesem Wege meinen herzlichen Dank sagen allen Freunden von der CDU/CSU, die uns so viel Hilfe gewährt haben. Wir hätten ohne diese geistige und materielle Hilfe sicherlich nicht dieses so positive Ergebnis erreicht. Das war für uns schon eine große Freude, so viele Freunde auch an der Seite zu wissen.

Hans-Wilhelm Ebeling
Vorsitzender
der Deutschen Sozialen
Union

Liebe Freunde,

die erste wirklich freie, geheime und direkte Wahl in der DDR war ein historisches Ereignis. Die Menschen im anderen Teil unseres Vaterlandes haben mit ihrer klaren Wahlentscheidung unmißverständlich den Wunsch bekundet, gemeinsam mit ihren Landsleuten in der Bundesrepublik ein in Frieden und Freiheit geeintes Deutschland zu bauen. Dieses Wahlergebnis bestätigt nachdrücklich die Politik der Union: Wir waren — im Gegensatz zu anderen — nie bereit, uns mit der staatlichen Teilung unseres Vaterlandes abzufinden.

Aber nicht nur diese Wahl, sondern auch der ihr vorangegangene Wahlkampf wird in der Geschichte deutscher Politik einen herausragenden Platz einnehmen. Nie-

mand, der sich in diesem Wahlkampf engagierte, konnte sich der Stimmung entziehen, die von den Menschen in der DDR ausging: der große Ernst bei der Suche nach tragfähigen Lösungen für die Zukunft, die beispielhafte Geduld und Aufnahmebereitschaft, vor allem aber eine spontane Herzlichkeit und Begeisterungsfähigkeit, wie wir sie bei uns nur selten erleben können. All das hat der neuen und noch ungewohnten demokratischen Auseinandersetzung in der DDR ein besonders Profil gegeben. Vor den Augen der Welt ist deutlich geworden, wie groß — trotz über vierzig Jahren kommunistischer Diktatur — die demokratische Reife unserer Landsleute ist; darauf können sie, darauf können wir alle stolz sein. Zum Erfolg dieser Wahl haben ungezählte Helfer unserer Partei einen wichti-

Wir werden dieses wunderschöne Land gemeinsam aufbauen

(Fortsetzung von Seite 1)

klare Absage erteilt und damit deutlich gemacht, daß der Weg in die Freiheit kein Weg des realen Sozialismus sein könne.

Und das wohl Wichtigste an diesem Wahlergebnis: Die Bürger der DDR wollen einen Weg, der mit der Bundesrepublik zusammen zu einem vereinten Deutschland führt.

Der Bundeskanzler versteht das Wahlergebnis als das deutliche Votum der Bürgerinnen und Bürger in der DDR für eine Verfassungsordnung, die die Freiheitsrechte der Bürger schützt, die

dem freiheitlichen Rechtsstaat verpflichtet ist, soziale Verantwortung und Soziale Marktwirtschaft garantiert.

Deswegen müsse dieses Wahlergebnis auch als Botschaft für die vielen gelten, die eine Entscheidung darüber treffen, ob sie in den nächsten Tagen und Wochen in die Bundesrepublik kommen oder in Thüringen, Sachsen, Vorpommern, Mecklenburg, Sachsen-Anhalt oder Brandenburg bleiben wollen.

Bundeskanzler Helmut Kohl: „Meine Botschaft in dieser Stunde ist: Bleiben Sie zu Hause! Helfen Sie in Ihren Städten, Dörfern und Gemeinden, in Ihren Fabriken, in Ihren Verwaltungen, mit uns gemeinsam dieses wunderschöne Land aufzubauen.“

gen Beitrag leisten können. Mit der Aktion „Freunde helfen Freunden“ haben wir unter Beweis gestellt, daß nationale Solidarität für uns kein inhaltsleerer Begriff ist.

Es läßt sich in Zahlen nicht erfassen, was in den zurückliegenden Wochen und Monaten an personeller, ideeller und materieller Hilfe für unsere politischen Freunde in der DDR geleistet worden ist. Wichtiger als alle Zahlen ist für uns die Erfahrung, daß wir aus vielen Gesprächen und Begegnungen gewonnen haben: Die Mitglieder der CDU Deutschlands haben in dem kurzen, außerordentlich anstrengenden Wahlkampf in der DDR ihr Bestes gegeben. Sie haben unter Beweis gestellt, zu welch außerordentlichem Engagement sie fähig sind. Von allen Partnern in der „Allianz für Deutschland“ ist uns dies nachdrücklich und dankbar bestätigt worden.

Zuversicht für die Zukunft

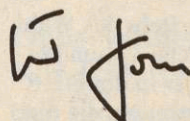
Diese Erfahrung und der Wahlausgang selbst erfüllen uns mit Zuversicht für die Zukunft. Ausgehend von höchst schwierigen Startbedingungen haben wir dazu beitragen können, daß unsere politischen Freunde in der DDR ein Wahlergebnis erzielen konnten, mit dem nur wenige gerechnet hatten und über das wir uns von Herzen mitfreuen dürfen. Dieses Ergebnis widerlegt im übrigen alle Spekulationen, die CDU könne zwar die Einheit gewinnen, werde zugleich aber die Mehrheit verlieren. Das Wahlergebnis zeigt, daß in einer gesamtdeutschen Wahl, wann immer sie stattfinden wird, die Union hervorragende Chancen hat, gemeinsam mit den Parteien der Allianz ein erstklassiges Wahlergebnis zu erzielen.

Wenn die CDU Deutschlands geschlossen und engagiert, prinzipientreu und

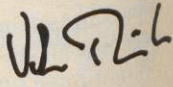
zukunftsorientiert, sachlich kompetent und bürgernah ihre Argumente vertritt, wird sie auch künftig Mehrheiten gewinnen. Die Erfahrung der zurückliegenden Wochen können wir auch auf unsere politische Arbeit hier in der Bundesrepublik übertragen. Wir haben die Kraft, den Angstkampagnen der Linken unsere besseren Argumente entgegenzusetzen. Wir sind stark genug, Meinungstrends zu brechen und erfolgreich Überzeugungsarbeit zu leisten. Wir werden die Zukunft unseres Vaterlandes und darüber hinaus die Zukunft Europas gestalten, wenn wir uns nicht bequem auf Erfolge ausruhen, sondern täglich neu bereit sind, unsere Pflicht im Dienst unserer politischen Ziele zu tun.

Wir danken auf diesem Weg sehr herzlich allen Mitgliedern der CDU Deutschlands, die — ehrenamtlich oder hauptamtlich, persönlich oder materiell — unsere politischen Freunde in der DDR unterstützt haben. Mit der Aktion „Freunde helfen Freunden“ haben wir ein Stück deutscher Gemeinsamkeit praktiziert. Wir sind fest davon überzeugt, daß diese Gemeinsamkeit über den Wahltag hinaus Bestand haben wird.

Das Ergebnis der ersten freien Volkskammerwahlen legt auch uns ein besonderes Maß an Verantwortung auf. Die Erwartungen der Menschen sind sehr hoch, wir werden sie nicht enttäuschen. In gemeinsamer Arbeit stehen wir dafür ein, eine gute Zukunft für unser Vaterland zu schaffen.



Bundeskanzler
Helmut Kohl



Generalsekretär
Volker Rühe

Generalsekretär Volker Rühle:

Eindeutiges Ja zur deutschen Einheit und zur Sozialen Marktwirtschaft

Mit der ersten freien Wahl vom 18. März 1990 hat sich in der DDR eine neue politische Ausgangslage ergeben. Es gibt jetzt ein demokratisch legitimes Parlament. Die Demokratie hat einen großen Sieg errungen.

Die Wähler in der DDR haben sich für die Parteien der Allianz für Deutschland entschieden und damit ein eindeutiges Ja zur deutschen Einheit und zur Sozialen Marktwirtschaft gesagt. Damit wurde auch die Politik von Bundeskanzler Helmut Kohl eindrucksvoll bestätigt.

Die CDU tritt dafür ein, möglichst schnell mit der neuen Regierung der DDR die Währungsunion, die Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft zu schaffen.

Nur dadurch werden die Lebensverhältnisse in der DDR verbessert. Und nur dann werden auch die Menschen dort bleiben, wird der Übersiedlerstrom gestoppt.

Die CDU verfolgt deshalb eine Vorwärtsstrategie zur Einführung einer soliden Währung, zur Ankurbelung der Wirtschaft und zur sozialen Sicherung in der DDR. Mit den freien Wahlen und dem Angebot einer Währungsunion zusammen mit einer Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft ist jetzt die Situation gegeben, die Hilfen in die DDR zu verstärken, und ist es gerechtfertigt, in der Bundesrepublik Deutschland die bisherigen Leistungen an Übersiedler und das Notaufnahmeverfahren zu streichen.

Lafontaine bietet für die Überwindung

des Sozialismus in der DDR keine Lösung: Er will die Währungsunion verzögern, die jedoch die Voraussetzung für wirtschaftliche und soziale Verbesserungen in der DDR ist. Er strebt mit seinem „demokratischen“ Sozialismus nur eine Variante zum Sozialismus an, dem die Menschen eine klare Absage erteilt haben. Und er will, nachdem er mit seinem Konzept der Zweistaatlichkeit gescheitert ist, die Wiedervereinigung hinausschieben.

Mit einer derartigen Politik würde Lafontaine die Übersiedlerwelle nur noch verstärken. Ohne die Abschaffung des Sozialismus aber und ohne die Perspektive auf Freiheit und Wohlstand in der DDR kann die Übersiedlerwelle allein durch die Streichung der nur noch geringen Leistungen für Übersiedler oder durch die Beseitigung des Notaufnahmeverfahrens nicht begrenzt oder gar verhindert werden.

Lafontaines politische Strategie ist ausschließlich aufgebaut auf Verunsicherungen der Menschen, sowohl in der DDR als auch hier in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Angststrategie haben die Wähler in der DDR am letzten Sonntag eindeutig zurückgewiesen.

Insofern tritt die SPD jetzt mit einem Kanzlerkandidaten an, der die entscheidende Verantwortung für die Wahlniederlage der SPD in der DDR trägt. Lafontaine ist ein Mann, der nicht in die Zeit paßt, in der die Menschen in Deutschland vor einer großen Chance und Herausforderung stehen. ■

„Allianz für Deutschland“

So hat die CDU ihren Partnern im Wahlkampf geholfen

Am 5. Februar 1990 wurde in Berlin die Gründung der „Allianz für Deutschland“ (DA, DSU, CDU) beschlossen. Damit konnten die in der Bundesgeschäftsstelle bereits vorbereiteten Planungen für die DDR-Wahlen umgesetzt werden. Die Wahlkampfhilfe der Bundespartei bezog sich von nun an auf alle Bereiche der Wahlkampf-führung, von der inhaltlichen Beratung über die praktisch-organisatorische Hilfe bis hin zur Vorbereitung der großen Veranstaltungen mit dem Bundeskanzler und der Bereitstellung von Werbematerial aller Art für die Wahlen.

Die Wahlkampffargumentation der Allianz-Parteien wurde auf einige wenige Hauptthemen konzentriert:

- Die Allianz-Parteien traten dafür ein, die deutsche Einheit zügig zu vollenden (Artikel 23 GG).
- Die Allianz-Parteien haben der Bevölkerung in der DDR mit der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse versprochen. Sie traten deshalb für eine schnelle Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion ein.
- Die Allianz-Parteien haben die Sozialismus-Debatte offensiv geführt.
- Die Allianz-Parteien konnten sich in der DDR als die Partner des Bundeskanzlers profilieren, die seine Politik nachdrücklich unterstützen. Die sechs

Großveranstaltungen von Helmut Kohl und das gemeinsame Auftreten der Spitzenpolitiker der Allianz konnten das eindrucksvoll unterstreichen.

Die Slogans der Allianz-Parteien lauten:

- ▶ Nie wieder Sozialismus — Ja! — Freiheit und Wohlstand. Allianz für Deutschland — DA, DSU, CDU.
- ▶ Wir sind ein Volk.

Koordination

Die entscheidenden inhaltlichen Weichen für die Wahlkampagne wurden bei den

Maßnahmen der CDU zur Unterstützung der Parteien in der „Allianz für Deutschland“ im DDR-Wahlkampf.

Gründungsgesprächen für die „Allianz für Deutschland“, anlässlich der Zusammenkünfte bei den Großveranstaltungen und bei der Vorbereitung der Pressekonferenzen durch den Parteivorsitzenden, Bundeskanzler **Helmut Kohl**, und die Vorsitzenden der Allianz-Parteien gestellt.

Seit Gründung der Allianz traf sich Generalsekretär **Volker Rühle** wöchentlich in Berlin mit den Kollegen der Allianz-Parteien.

Bundesgeschäftsführer **Peter Radunski** und weitere leitende Mitarbeiter der Bun-

Geschäftsstelle führten regelmäßige Treffen mit den Geschäftsführern und Mitarbeitern der Partnerparteien in Berlin durch.

Organisatorische Hilfe

Koordinierungsbüro Berlin-Ost

Ost-Berlin war ein Koordinierungsbüro für die „Allianz für Deutschland“ im Demokratischen Aufbruch eingerichtet. Der Vorsitzende des Landesverbandes Bremen, Bernd Neumann, beriet vor Ort die Allianz-Parteien. Zwei Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle arbeiteten dort.

Bezirksbüros

Zusätzlich waren in den 15 DDR-Bezirken zentrale Wahlkampfbüros eingerichtet, in der Regel entweder beim Demokratischen Aufbruch oder bei der CDU. In jedem dieser Büros arbeitete ein Hauptamtlicher der CDU Deutschlands, häufig unterstützt von einem Mitarbeiter für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, ebenfalls aus der Bundesrepublik. Hinzu kam ein Dritter für politische Beratung ein Abgeordneter aus dem Europäischen Parlament, dem Bundestag oder einem Landtag.

Wahlkampfstützpunkte in der Bundesrepublik

Jedes Bezirksbüro in der DDR hatte einen ihm zugewiesenen Stützpunkt bei einer unserer Kreis-, Bezirks- oder Landesgeschäftsstellen für technisch-organisatorische Hilfe.

Materialien

Die Bezirksbüros erhielten mit unserer Hilfe eine hinreichende technische Ausstattung. U. a. konnten vermittelt werden:

- 10 Telefonnebenstellenanlagen mit 120 Nebenstellen;

- ▶ 7 Fernschreiber und Telefaxgeräte
- ▶ 3 Lautsprecheranlagen
- ▶ 33 Pkws und Kleinbusse
- ▶ 50.000 Hartfaserplatten für Plakate

Wahlkampfveranstaltungen mit dem Bundeskanzler

Bei den sechs Wahlkampfveranstaltungen, die Bundeskanzler Helmut Kohl in der DDR durchgeführt hat, konnte er vor über 1 Million Menschen sprechen. Das waren fast 10 Prozent der wahlberechtigten DDR-Bürger.

Weiter sprachen auf den Kundgebungen jeweils die Vorsitzenden bzw. die Generalsekretäre der Allianz-Parteien.

Im einzelnen hatten die Veranstaltungen folgende Teilnehmerzahlen:

20. 2. 1990	Erfurt	150.000
1. 3. 1990	Chemnitz	200.000
6. 3. 1990	Magdeburg	130.000
9. 3. 1990	Rostock	120.000
13. 3. 1990	Cottbus	120.000
14. 3. 1990	Leipzig	320.000

Zentrale Pressekonferenzen mit den Allianz-Parteien

▶ **19. 2. 1990:** Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth mit Vertreterinnen des DA und der CDU-Ost in Bonn zur Gründung einer gemeinsamen Frauen-Union

▶ **1. 3. 1990:** Bundeskanzler Helmut Kohl mit den Vorsitzenden der Allianz-Parteien in Bonn zum Sofortprogramm der „Allianz für Deutschland“ zur Volkskammerwahl

▶ **5. 3. 1990:** Bundesminister Norbert Blüm mit den Vorsitzenden der Allianz-Parteien in Ost-Berlin zum Thema „Sozial-Union“

▶ **14. 3. 1990:** Bundeskanzler Helmut Kohl mit den Vorsitzenden der Allianz-Parteien zur Vorstellung des Wahlaufrufs in Leipzig

Rednereinsatz

● Reisen des Generalsekretärs

Generalsekretär Volker Rühle hat drei Wahlkampfreisen durch die DDR unternommen, und zwar vom 30. bis 31. 1. 1990 durch Thüringen (u. a.: Annaberg, Erfurt, Weimar), vom 9. bis 10. 2. 1990 durch Mecklenburg (u. a.: Güstrow, Schwerin) und vom 25. bis 28. 2. 1990 durch Mecklenburg, Vorpommern und Brandenburg (u. a.: Wismar, Stralsund, Insel Rügen, Greifswald, Rheinsberg und Fürstenwalde).

● Allgemeiner Rednereinsatz

Für den Bundesrednereinsatz standen vor allem die Mitglieder des Parteipräsidiums, die Bundesminister und die Parlamentarischen Staatssekretäre zur Verfügung. Insgesamt wurden für etwa 400 Veranstaltungen einschließlich der Sonderkampagnen Redner vermittelt. Dazu kommen etwa 1.600 Veranstaltungen mit Hilfe der Landes- und Kreisverbände, so daß insgesamt rd. 2.000 Veranstaltungen von uns betreut wurden.

● Sonderkampagnen

Es wurden eine Reihe von Sonderkampagnen durchgeführt. Für diese Kampagnen wurden Flugblatt-Texte und Argumentationen erstellt. Im Einzelnen:

► Aktion Umwelt

Es wurden eine Reihe von Betriebsbesichtigungen vorgenommen und Gespräche über die Schadstoffemissionen geführt. Im Atomkraftwerk Greifswald informierte sich Bundesminister Töpfer über die Betriebssicherheit.

► Betriebsaktionen

Gemeinsam mit den Allianzpartnern wurden zu Arbeitsbeginn vor den Werkstoren

Flugblätter verteilt. So fanden in und im Umkreis von Ost-Berlin am 5., 7., 9. und 13. März 1990 vor Großbetrieben Betriebstoraktionen statt. Getragen wurde diese Aktion von Berliner CDAMitgliedern.

► Aktion Mittelstand

Es wurden gezielt Mittelstandsgespräche durchgeführt. Im ehemaligen Land Brandenburg wurde bereits eine Mittelstandvereinigung gegründet.

► Universitätsaktionen

In der Zeit vom 12. bis 16. März 1990 fanden Veranstaltungen an Universitäten in Berlin, Potsdam, Magdeburg, Jena, Erfurt, Halle und Chemnitz statt. Sechs RCDS-Hochschulgruppen konnten bereits gegründet werden.

Werbematerialien

● Zeitung zur Wahl

Als Hauptverteilungsmittel lag in einer Auflage von 5 Millionen eine 16seitige Zeitung vor. Die Zeitung wurde mit technischer und redaktioneller Hilfe der Bundesgeschäftsstelle erstellt. Herausgeber war die „Allianz für Deutschland“. Die Verteilung war über die Stützpunkte und die Bezirksbüros sichergestellt.

● Fernsehspot

Die CDU war verantwortlich für die Erstellung eines gemeinsamen Spots der Allianz-Parteien mit dem Bundeskanzler für die Schlußwoche des Wahlkampfes.

● Plakate, Flugblätter

Die Geschäftsstelle hat eine Reihe von Plakaten und Flugblättern für die Allianz-Parteien mit hohen Auflagen erstellen lassen:

- ▶ Knapp 20 Mio. Flugblätter zu den unterschiedlichsten Themen
- ▶ Ca. 2 Mio. Aufkleber (Wir sind ein Volk, Allianz für Deutschland)
- ▶ 500.000 Plakate (Nie wieder Sozialismus), Redner-Ankündigungsplakate
- ▶ 200.000 aktuelle Überkleber (Ja, besser leben)
- ▶ 2,5 Mio. Fußballweltmeisterschaftskalender

Argumentationspapiere

Zur Argumentation im Wahlkampf hat die Bundesgeschäftsstelle eine Reihe von Argumentationshilfen erarbeitet:

- ▶ Argumente zur Wahl am 18. März, UfD-Dokumentation 6/1990
- ▶ Musterrede „Ja zu Freiheit und Wohlstand, nie wieder Sozialismus“, UfD-Dokumentation 7/1990
- ▶ Frauen in der DDR
- ▶ Arbeitnehmereinkommen in der DDR
- ▶ Umweltpolitik in der DDR
- ▶ Agrarpolitik in der DDR
- ▶ Die wirtschaftliche Lage in der DDR, UfD-Dokumentation 2/1990
- ▶ Merkblatt zum Wahlgesetz der DDR
- ▶ Bilanz der SPD in der Bundesrepublik Deutschland 1982
- ▶ Die Wendehals-Partei: SPD gegen die Wiedervereinigung (CDU/CSU-Bundestagsfraktion)

Aktion

„Freunde helfen Freunden“

Der Parteivorsitzende hatte mit Schreiben von Anfang Februar alle Kreisverbände dazu aufgefordert, daß jeder Kreisverband einen Partnerkreisverband in der DDR übernimmt und durch Besuche von Mitgliedern in diesem Partnerkreis aktive

Wahlkampfunterstützung leistet unter dem Motto „Freunde helfen Freunden“. Aus den umfangreichen Materialbestellungen fast aller Kreisverbände und den Berichten in der jeweiligen Lokalpresse kann geschlossen werden, daß diese Aktion ein breites Echo in der Partei gefunden hat. U. a. sind an den Wochenenden viele Mitglieder in die Partnerkreise zum Canvassing gefahren.

Patenschaften der Landesverbände

Die Landesverbände haben Patenschaften für die Allianz-Parteien in den ursprünglichen Ländern der DDR übernommen, und zwar wie folgt: die Landesverbände Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein: Mecklenburg; Landesverband Niedersachsen: Sachsen-Anhalt; Landesverband Nordrhein-Westfalen: Mark Brandenburg; Landesverbände Hessen, Rheinland-Pfalz: Thüringen; Landesverband Baden-Württemberg: Sachsen; Landesverband Berlin: den Ostteil der Stadt.

Die Landesverbände hatten eine Fülle von Maßnahmen zur Unterstützung der Allianz-Parteien von sich aus ergriffen.

Aktivitäten der Konrad-Adenauer-Stiftung

Sie führte und führt eine große Anzahl von Seminaren zur Information und Schulung von DDR-Bürgern durch. Für Leipzig ist ein Bildungsinstitut mit einer Zweigstelle in Rostock geplant. Vorerst hat die Stiftung in Berlin-West ein Büro mit fünf hauptamtlichen Mitarbeitern eingerichtet. Jeder dieser Mitarbeiter beobachtet die Entwicklung in einem der fünf ehemaligen DDR-Länder. Im Vorfeld des eigentlichen Wahlkampfes hat die Stiftung einen Kataster über die politische Landschaft in der DDR erstellt. ■

Infas-Analyse der Volkskammerwahl:

CDU und DSU sind zu Parteien der Industriearbeiterschaft geworden

Der Wahlkampf zur ersten freien und demokratischen Wahl in der DDR am 18. März 1990 bezog seine Dynamik und seine Akzente weitgehend aus den Aktivitäten der bundesdeutschen Parteien, die mit Wahlwerbung und Auftreten von Spitzenpolitikern die Wähler in Massenkundgebungen mobilisierten. Die zahlreichen Parteien, die sich nach dem Umbruch in der DDR gebildet haben, zeigten wenig eigenes Profil, obgleich sich die Debatte im wesentlichen um ein Thema drehte: weniger das Ob, als vielmehr das Wie und Wann der Vereinigung Deutschlands und ihre Folgen standen zur Frage. Dabei rückten die zentralen Akteure der „friedlichen Revolution“ und ihre politischen Gruppierungen immer weiter in den Hintergrund.

Das politische Geschäft versah derweil eine Regierung, die kein demokratisches Mandat besaß, aber durchaus Anerkennung und Zustimmung fand. Sie kämpfte — in realistischer Einschätzung ihrer Chancen — gleichwohl um die führende Rolle in einer künftigen Opposition.

Offen war im Vorfeld, ob die Wahl klare Mehrheiten erbringen, ob sich die politische Situation in der DDR nach einem teilweise polarisierenden und aggressiven, teilweise von Ängsten und Unsicherheiten geprägten Wahlkampf stabilisieren würde; ob das Wählervotum dann auch eine eindeutige Botschaft bringen würde, wie der Weg in ein vereintes Deutschland zu gehen sei; ob sich nach vier Jahrzehnten Zettelfalten beim ersten demokrati-

schen Wahlgang stabile Wählerstrukturen herausbilden würden.

Antworten auf die Fragen gibt die folgende Analyse, die auch alle Informationen heranzieht, die das Institut für angewandte Sozialwissenschaft im Auftrag der ARD und des Deutschen Fernsehfunks der DDR zusammengetragen und ausgewertet hat:

Herausbildung von zwei Lagern

- Auf der einen Seite standen die politischen Gruppierungen, die sich nach Bonner Muster formiert hatten: Sozialdemokraten, Liberale sowie die in der „Allianz für Deutschland“ verbündeten drei Parteien (CDU, DSU und Demokratischer Aufbruch). Erklärtes Ziel dieser Parteien war der rasche Zusammenschluß der beiden Staaten; Unterschiede zwischen SPD und Allianz traten in den Modalitäten dieses Weges, kaum in den Zielen auf.
- Im anderen Lager waren jene Gruppen versammelt, die auf eine gewisse Eigenständigkeit der DDR beim Aushandeln der Modalitäten und Wahrung von Besitzständen Wert legten. Hier trafen sich die Kontrahenten von gestern; die PDS und die als „Bündnis 90“ vereint auftretenden Bürgerbewegungen; ferner die alten Blockparteien (Nationaldemokraten und Demokratische Bauernpartei) und die ganz neue ökologisch-feministische Formation.

Alle übrigen kandidierenden Gruppen und Grüppchen können in diesem Zusammenhang außer Betracht bleiben. Aus den Umfragen vor der Wahl ergab

sich bei vielen wichtigen Fragen eine deutliche Trennungslinie zwischen den beiden Lagern, vielfach aber Unterschiede nur in Nuancen zwischen den Parteien innerhalb eines Blockes. Die schärfste Polarisierung kam bei der „harmlosen“ Frage zum Vorschein, ob man sich eher als „DDR-Bürger“ oder als „Deutscher“ fühle. Insgesamt gab es unter 100 Befragten 52 „Deutsche“ und 37 „DDR-Bürger“; die einen konzentrierten sich auf Allianz, Liberale und SPD, die anderen auf PDS, Bündnis 90, Grüne und andere frühere Blockparteien.

Alle Befragungsergebnisse verweisen darauf, daß es bei dieser Wahl letztlich nur ein einziges Thema gab, wenn auch in verschiedenen Ausprägungen: die rasche Einigung. Die Wähler meinten damit weniger die verfassungsrechtlichen Fragen als die Probleme des alltäglichen Wohlergehens und Lebensstandards. Strittig war das Tempo, das vorgelegt werden sollte. CDU und DSU versprochen, glaubwürdiger als alle anderen, den zügigsten Fahrplan.

Offen war bis zum Wahltag, wie groß die beiden Lager letztlich sein würden, und wie sich die Kräfteverhältnisse innerhalb der Lager entwickeln würden. Ein Trend schälte sich aber immer deutlicher heraus: Die Allianz, die erst spät aus den Startlöchern gekommen war, legte in der Wählergunst immer stärker zu und zog schließlich an den Sozialdemokraten vorbei, die zu Jahresbeginn noch deutlich geführt hatten.

Das Wahlergebnis:

Viele Aspekte des Wählervotums kamen nicht eigentlich unerwartet, aber in der Höhe und Eindeutigkeit überraschend:

- Die Beteiligung war mit über 93 Prozent außerordentlich hoch.
- Die Parteien mit Westorientierung

konnten drei Viertel der Stimmen auf sich vereinigen.

- Innerhalb dieses Lagers gab es mit der CDU eine klare Siegerin, die allein mehr Stimmen erhielt als die anderen Wettbewerber in dieser Gruppe zusammen.

- In den Reihen der Autonomie-Befürworter hat nur die PDS mit 16,3 Prozent ein nennenswertes Resultat erzielt, die anderen Gruppen kamen nicht einmal auf fünf Prozent.

Im Ergebnis haben sich einige prägnante soziale und regionale Faktoren niedergeschlagen, die bei näherer Betrachtung zur Erklärung des im In- und Ausland mit Verblüffung aufgenommenen Votums beitragen. Das Muster ist äußerst kontrastreich, die politische Landkarte weist klare Konturen auf. Das Gesamtergebnis für die DDR ist ein eher abstrakter Mittelwert, der in dieser Form in den einzelnen Landesteilen kaum auszumachen ist. Das Muster läßt sich leicht beschreiben, aber nicht so leicht entwirren.

Die Parteienstärken hängen vor allem von drei Einflußgrößen ab: Der Lage innerhalb der DDR, der Größe des Wohnortes sowie der beruflichen Tätigkeit und Stellung. Dies soll am Fall der für die Allianz vergebenen Stimmen (insgesamt 48,4 Prozent) verdeutlicht werden.

In regionaler Hinsicht ergibt sich ein kräftiges Gefälle von Süden nach Norden:

- In den südlichsten Bezirken Erfurt, Gera, Suhl, Karl-Marx-Stadt und Dresden konnte sie Stimmenanteile von 59 bis 61 Prozent verbuchen.
- In einem mittleren Bereich (Bezirke Magdeburg, Halle, Leipzig und Cottbus) lag die Allianz zwischen 46 und 51 Prozent.
- Weiter nördlich, in den Bezirken Frankfurt/Oder, Potsdam, Neubrandenburg, Schwerin und Rostock lagen die

Allianz-Anteile zwischen 32 und 42 Prozent.

● Die Hauptstadt Berlin fällt völlig aus dem Rahmen: Hier mußte sich die Allianz mit 22 Prozent und dem dritten Rang hinter SPD und PDS begnügen, die CDU allein lag bei 18,7 Prozent.

Das soziale Profil der Anhänger des konservativen Bündnisses läßt sich aufgrund des Wahlergebnisses nur für die Kreise ausweisen. Wo der Anteil der Industriebeschäftigten über 45 Prozent beträgt, konnte die Allianz mehr als 56 Prozent der Stimmen erobern. In Gebieten mit wirtschaftlich ausgewogener, aber industriell geprägter Struktur lag ihr Anteil bei 50 Prozent, d. h. nahe beim Durchschnitt. Unter dem Durchschnitt blieb die Allianz dort, wo Dienstleistungen oder aber die Landwirtschaft dominieren (36 bzw. 42 Prozent). CDU und DSU sind also Parteien der Industriearbeiterschaft geworden.

Diese Tendenz wird durch die feinere Aufgliederung der infas-Erhebungen am Wahltag — nach Verlassen der Wahllokale — erhärtet. Arbeiter gaben zu etwa 58 Prozent an, eine der Parteien der Allianz unterstützt zu haben; Angestellte zu etwa 47 Prozent; Rentner zu 43 Prozent; Angehörige der „Intelligenz“ nur zu 32 Prozent. In dieser letzten Gruppe waren PDS und Bündnis 90 zusammen genau auf den gleichen Wert gekommen. Ebenfalls sehr ausgeprägt ist das Gefälle von den großen zu den kleinen Gemeinden. In den Großstädten ab 200 000 Einwohnern kam die Allianz auf insgesamt 26,5 Prozent. Je kleiner der Ort, um so größer der Anteil der für eine Partei der Allianz abgegebenen Stimmen. In der Kategorie der kleinsten Gemeinden (unter 2 000 Einwohner) sind das über 56 Prozent.

Die Republik ist also mehrfach gespalten: nach Nord und Süd; nach Stadt und

Land; und nach Hand- und Kopfarbeitern.

Die Merkmale lassen sich zwar getrennt erfassen, sie treten aber in der Wirklichkeit verschränkt auf. Wenn die drei Einflußgrößen kombiniert werden, schälen sich die am stärksten vom Durchschnitt abweichenden Regionen, Kreise oder Städte heraus:

● Die höchsten Anteile der Allianz ergeben sich in den Landkreisen mit viel Arbeiterbevölkerung im Süden des Landes. Mehr als zwei Drittel konnte sie z. B. in den Kreisen Marienberg, Annaberg, Schwarzenberg im Bezirk Karl-Marx-Stadt, im Kreis Sebnitz (Bezirk Dresden), in Zankensbroda (Gera) und Schmalkalden (Suhl) verbuchen.

● Am wenigsten Resonanz fand die siegreiche Allianz in den größeren Städten mit starken Dienstleistungs- und Verwaltungsfunktionen in den nördlichen Regionen wie in Rostock, Neubrandenburg, Potsdam oder Frankfurt. Auch der Extremfall Berlin fällt in die Rubrik.

Spitzenreiter und Schlußlichter

Auch für die anderen Parteien lassen sich die Hochburgen und die Schwachstellen lokalisieren und anhand der von infas ermittelten Strukturmerkmale charakterisieren.

Am deutlichsten schälen sich die Schwerpunkte von PDS und Bündnis 90 heraus, die eine ähnliche Klientel angesprochen haben und sozusagen als „Allianz für die DDR“ klassifiziert werden könnten. Über ein Drittel der Stimmen entfielen auf sie in jedem zweiten Berliner Stadtbezirk sowie auf die Städte Neubrandenburg, Frankfurt und Potsdam. Spitzenreiter ist Berlin-Hohenschönhausen. Die Schlußlichter liegen in den Bezirken Erfurt, Gera und Dresden, das heißt in den kon-

servativen Hochburgen dieser Wahl. Die PDS blieb nur in einem einzigen Kreis — im katholischen Worbis — mit 4,8 Prozent unter der symbolischen 5-Prozent-Schwelle.

Die Spitzenreiter der SPD liegen in Berlin und in den angrenzenden Kreisen (Eberswalde, Nauen, Zossen), aber auch im weiteren Umland (Neuruppin, Brandenburg, Templin, Gransee). In keinem einzigen Kreis konnten die Sozialdemokraten auch nur 40 Prozent der Wähler an sich binden — soviel, wie es der CDU landesweit gelang. Auf der anderen Seite hatte sie bemerkenswert niedrige Anteile im Süden der DDR erreichen können. Die zehn schlechtesten Kreise (mit weniger als neun Prozent der Stimmen) liegen allesamt im Bezirk Dresden; die Stadt Dresden hat mit elf Prozent ein für die sozialdemokratische Tradition dieser Gegend karges Resultat auszuweisen. Offenbar ist es der SPD nicht gelungen, an die Traditionen 20er und frühen 30er Jahre anzuknüpfen und eine breite organisatorische Infrastruktur aufzubauen.

Die vereinigten Liberalen (Bund Freier Demokraten) haben ebenfalls einen eindeutigen Schwerpunkt, der an Traditionen aus der Weimarer Zeit, vor allem aber an die Landtagswahl vom Oktober 1946, anknüpft. Die zwölf Kreise mit den höchsten BFA-Anteilen (neun oder mehr Prozent) liegen alle im Bezirk Halle. Naumburg, Dessau und Halle selbst weisen über 14 Prozent an liberalen Stimmen auf. Die Schlußlichter der Freien Demokraten liegen im Norden, in den Bezirken Rostock und Neubrandenburg.

Die Grünen (Grüne Partei und Unabhängiger Frauenverband) haben landesweit nur zwei Prozent verbuchen können; in keinem Kreis konnten sie auch nur vier Prozent erreichen. Am meisten noch in Thüringen (Weimar, Meiningen, Suhl, Jena) und in den Berliner Innenstadtbe-

zirken. In ökologischen Brennpunkten des Landes haben sich die Grünen nicht besonders hervorgetan.

Zu erwähnen ist schließlich die Demokratische Bauernpartei (DBD) mit einigen ausgeprägten Schwerpunkten im Bezirk Rostock (Kreise Stralsund, Greifswald, Grimmen sowie Rügen) mit teilweise über zehn Prozent sowie im Bezirk Neubrandenburg (Altentreptow, Demmin, Pasewalk).

Das Ergebnis der Regionalanalyse läßt sich in einigen Schlagworten zusammenfassen, mit denen das soziale Profil der Anhängerschaft markiert wird.

Die Allianz für Deutschland fand bei dieser Wahl mehr als anderswo Rückhalt im dörflichen und kleinstädtischen Arbeitermilieu.

PDS und Bündnis 90 sind zur Vertretung der alten DDR-Eliten und der sogenannten „Intelligenz“ geworden, aber auch der Facharbeiterschaft in den neuen Industriestädten des Nordens. Auch wenn sie sich in Geschichte und Organisationsstruktur tiefgreifend unterscheiden, liegen sie dicht beieinander, was Motivation und Mentalität der Wähler betrifft.

SPD zwischen den Stühlen

Die SPD saß am Ende zwischen den Stühlen. Zwar ist sie als erste der westorientierten Parteien auf den Plan getreten. Sie wurde lange Zeit schon als Sieger gehandelt, sowohl in den westlichen Medien als auch bei den vor der Wahl befragten DDR-Bürgern: 54 Prozent von ihnen erwarteten sie als Gewinner der Wahl. In der Kombination der Programmpunkte „Einheit“ und „soziale Abfederung“ schien sie unschlagbar zu sein — und wurde in der einen Frage rasch von der Allianz überholt, in der anderen arg von der PDS bedrängt.

In den ersten freien, direkten, geheimen und gleichen Wahlen hat die Wahlbevölkerung in der DDR theoretische Erklärungsmuster des Wahlverhaltens aus westlichen Demokratien zum Teil bestätigt, zum Teil aber auch eindeutig widerlegt.

Interessenlagen

In Einklang mit den Traditionen der alten Demokratie ist die Beobachtung, daß die Voten ganz offensichtlich von der Interessenlage gesteuert wurden — je nachdem, was von dem zentralen Entscheidungsthema, dem Tempo der deutschen Einigung, erwartet wurde und worauf die verschiedenen Parteien ihre je eigene Antwort gegeben hatten.

Die Arbeiter hatten von der Verlängerung der jetzigen Verhältnisse am meisten zu befürchten, nämlich um die Früchte ihrer Arbeit betrogen zu sein. Von der raschen Übernahme bundesdeutscher Regeln glaubten sie, am meisten erhoffen zu können, nämlich am Wohlstand des westdeutschen Alltags auf schnellstem Wege teilzuhaben. Die Allianz für Deutschland bot hier die glaubwürdigste Alternative.

Die bäuerliche Bevölkerung hat es nicht so eilig. Nirgendwo sonst war die Versorgung in den letzten Jahren so zufriedenstellend, und nirgendwo sonst waren die Ideale wirtschaftlicher Mitbestimmung am Volkseigentum vergleichsweise so weit verwirklicht wie in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Die administrativen und intellektuellen Eliten der DDR werden am häufigsten Schwierigkeiten mit der Angleichung der Gesetze und Regelwerke bundesdeutscher Machart haben. Die Eliten verlieren dabei ideologisch und professionell einige Privilegien. Entsprechend war unter ihnen das Votum für die „DDR-Allianz“ aus PDS und Bündnis 90 am höchsten.

Typisch ist auch die Tatsache, daß sich — wie in den meisten Demokratien, wo religiöse Tradition oder regionale Autonomie keine Rolle spielen — das Wähler-spektrum in der DDR zwischen den Polen rechts und links verteilt. Recht ähnlich zu westdeutschen Verhältnissen mutet dabei die Bildung zweier großer Lager an, die den kleinen Parteien allenfalls in der Mitte oder am Rand einen kleinen Raum gewähren. Vergleichbar ist auch, wie schwer es basis-orientierten Bewegungen im Vergleich zu den durchorganisierten Parteien fällt, sich breit zu verankern.

Den Erfahrungen westlicher Demokratietradition fremd ist jedoch die auffällig starke Attraktivität, die die konservativen Parteien in den hochindustrialisierten Regionen der DDR ausgeübt haben. CDU und CSU sind hier weit in ein Terrain vorgedrungen, das ihnen soziologisch verschlossen zu sein schien. Eine gewisse Parallele hat es nur einmal auch in der Bonner Wahlgeschichte gegeben, nämlich 1983, als große Teile der Arbeiterschaft für die konservative Wende gestimmt hatten.

Warten auf den 6. Mai

Wie ist also der Wahlausgang vom 18. März 1990 einzuordnen? Hat sich das westdeutsche Parteiensystem einfach nach Osten ausgeweitet und verspricht dort ähnlich dauerhaft zu werden, wie es sich über Jahrzehnte in der Bundesrepublik erwiesen hat? Oder war dies eine Sonderwahl, von einem einzigen Thema beherrscht, so daß die Mobilisierung, die es erzeugt hat, in dem Moment zusammenfallen könnte, wenn sich dieses Thema erledigt hat.

Die Kommunalwahlen am 6. Mai 1990 werden bald schon eine erste Antwort darauf geben. ■

Auslandspresse zur Volkskammerwahl

„The Times“ (London): Ein Erdbeben für die Allianz, aber erst, nachdem Kohl selbst eine Botschaft gebracht hatte, die so einfach war, daß sie nicht mißverstanden werden konnte: Freiheit, Wohlstand, Einheit.

„Börsen“ (Kopenhagen): Die Ostdeutschen haben ja gesagt zur schnellstmöglichen Vereinigung der beiden Deutschlands mit einer Währungsunion innerhalb weniger Monate, gefolgt von einer Wirtschafts- und Sozialunion. Das Resultat muß zwangsläufig ein stärkeres und gesünderes Deutschland sein.

Befürchtungen lösten sich in nichts auf

„Svenska Dagbladet“ (Stockholm): Innerhalb nur eines knappen halben Jahres hat die DDR die alte dogmatische Honecker-Diktatur gegen eine demokratische und bürgerlich dominierte Regierung ausgetauscht. Damit wird der Weg für einen relativ schnellen und einfachen Wiedervereinigungsprozeß geebnet. Daß Ost-Berlin und Bonn mit einer gleichartigen politischen Stimme sprechen werden, auch wenn natürlich Interessengegensätze zwischen Ost und West bestehen bleiben, ist ein Triumph für Bundeskanzler Helmut Kohl.

„The Independent“ (London): Der Ausgang der ostdeutschen Wahlen ist befriedigender, als vernünftigerweise zu erwarten war. Entgegen allen Erwartungen stimmten die Ostdeutschen eindeutig für die schnellstmögliche Vereinigung, indem sie der konservativen Drei-Parteien-Allianz für Deutschland eine stattliche Mehrheit gaben. Das Ergebnis war ein Triumph für den westdeutschen Kanzler Helmut Kohl,

der die Sehnsucht der Menschen, westlichen Wohlstand und eine neue Identität so schnell wie möglich zu bekommen, am klarsten erkannte. Er ließ keinen Zweifel aufkommen, daß er der beste Mann ist, ihnen zu geben, was sie wollen.

„Information“ (Kopenhagen): Niemand kann von draußen den CDU-Wählern in der DDR zum Vorwurf machen, daß sie lieber Golf als Trabi fahren, daß sie lieber Fernheizung als Kohleofen haben wollen, daß sie das ganze Jahr Apfelsinen für ihre Kinder kaufen wollen, daß sie nicht jahrelang auf den Anschluß eines Telefons warten möchten. Wenn die Wahl zwischen schnellem CDU-Wohlstand und langsameren SPD-Wohlstand bestand, dann kann ihnen niemand vorwerfen, daß sie möglichst schnell das haben wollen, was wir anderen seit Jahrzehnten besitzen.

Ein Triumph für Bundeskanzler Helmut Kohl

„Daily Telegraph“ (London): 40 Jahre Geschichte wurden von den Ostdeutschen mit einem Federstrich bei den Wahlen am Wochenende ungeschehen gemacht. Kein außenstehender Beobachter kann nun daran zweifeln, daß die beiden Teile Deutschlands an der Schwelle der Wiedervereinigung stehen. Die Wähler sprachen sich für die Partei aus, die am klarsten die Union der beiden Nationen und die finanzielle Unterstützung versprach, die eine solche Heirat in naher Zukunft erst möglich macht.

„Neue Zürcher Zeitung“: Das Ergebnis des Urnenganges vom 18. März bedeutete für die Sozialdemokraten im Westen und Osten Deutschlands eine böse Überraschung, welche der Partei einen dicken

Strich durch ihre angestrebte deutschlandpolitische Taktik der nächsten Monate machen dürfte; viele hatten sich noch bis fast zuletzt als sichere Sieger gewöhnt.

„Il Messaggero“ (Rom): *Nach der historischen Wende in Ostdeutschland verändert sich nun ganz Europa. Ein starker und alter Wunsch Europas, ein ständiger Traum, die Utopie eines vereinten Deutschland in Frieden mit sich selbst und mit der Welt, nimmt nach der Wahl in Ostdeutschland konkrete Formen an und beginnt politische Realität zu werden. Helmut Kohl, der Architekt, der die Basis für dieses Wunder der modernen Geschichte geschaffen hat, ist dabei, seine Konstruktion zu vollenden.*

Sie hatten 42 Jahre Sozialismus einfach satt

„Salzburger Nachrichten“ (Österreich): *Die DDR-Wahl 1990 wird in der politischen Geschichte ein Sonderfall bleiben, weil kein ehemals realsozialistisches Land einen reichen Weststaat hat, der zu massiver Hilfe bereit ist. Genau in diesem Punkt wird erkennbar, daß Kohl mit seiner Wahlparole von Freiheit, Wohlstand und Einheit genau jene Menschen ansprach, die 42 Jahre Sozialismus einfach satt hatten.*

Mit der CDU wurde der potenteste (weil regierende) Sponsor gewählt. Und der Union trauen die DDR-Bürger die beste wirtschaftliche Kompetenz zu. Das trug den DDR-Wählern bereits die harte Schelte ein, mit dem Bauch statt mit dem Kopf gewählt zu haben. Als ob es eine Schande wäre, daß Menschen ihre Lebensqualität zur Grundlage ihrer Wahlentscheidung machen.

„Dagens Nyheter“ (Stockholm): *Die Hoffnungen und/oder Befürchtungen vom letzten Winter, daß die frei wählenden DDR-*

Bürger eine Art dritten Weg zwischen Kommunismus und Kapitalismus bevorzugen würden, lösten sich in ein Nichts auf. Daß die SPD in der Stunde der Wahrheit nur 22 Prozent und die nach dem dritten Weg eifernden alternativen Parteien nur eine handvoll Stimmen bekamen, zeigt eindeutig, daß eine deutliche Mehrheit der DDR-Bürger jeden deutschen Weg, der die Spur von Staatssozialismus trägt, ablehnt.

Nach vier Jahrzehnten stabiler Demokratie in der Bundesrepublik haben nun auch die DDR-Bürger nach dem Fall der Berliner Mauer gezeigt, daß sie in der Lage sind, mit einem friedlichen Übergang von totalitärer Diktatur zu Demokratie und Freiheit umgehen zu können. Wenn Deutsche solche Modelle demonstrieren, sollte keine europäische Furcht aufkommen.

„Financial Times“ (London): *Wenn es jemals einen berühmten Sieg gab, wurde er am Sonntag von der konservativen Allianz für Deutschland in Ostdeutschlands ersten freien Wahlen erzielt, seit die Nazis die Demokratie in diesem Land 1933 auslöschten.*

„Hufvudstadsbladet“ (Helsinki): *Zweifellos ist der Sieg der Rechten bei den DDR-Wahlen logischer als es einer der Linken gewesen wäre. Die Ostdeutschen wollen eine schnelle Wiedervereinigung, und die Rechtsallianz wurde für deren besten Garant gehalten. Nicht zuletzt, weil die Rechte auch in Bonn regiert. Logisch ist auch, daß vierzig Jahre totalitärer Sozialismus zu einer Gegenreaktion führen. Sozialdemokraten sind ja auch Sozialisten.*

„Le Quotidien“ (Paris): *Das Wahlergebnis hat ein Verdienst, daß sie einem politisch bemerkenswerten und offensichtlich ausgeglichenen Mann zugute kommt: Diese Qualitäten sind für uns, Franzosen und Europäer, ein essentielles Sicherheitspfand.*

Die SPD versucht, den Zug zur deutschen Einheit aufzuhalten

Die Angriffe der SPD auf die Deutschlandpolitik der Bundesregierung Helmut Kohl dienen nur einem Ziel: Von der eigenen Konzeptionslosigkeit und Zerstrittenheit abzulenken. Wenn es irgendeine Linie gibt, die die SPD-Deutschlandpolitik gegenwärtig kennzeichnet, dann ist es eine mehrfach gekreuzte Zick-Zack-Linie.

Zur Währungsunion sagt SPD-Kandidat Lafontaine:

„Mit der Währungsunion besser ein paar Monate warten, als alles zu überstürzen.“ (Bild, 24. Februar 1990)

DDR-SPD-Chef Böhme will die Währungsunion dagegen „sofort“. (ZDF, 22. Februar 1990)

SPD-Kandidat Lafontaine spricht von „Prämien für das Weggehen“ (taz, 24.

Februar 1990), die den Übersiedlern entzogen werden müßten.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion in Baden-Württemberg, Spöri, meint dagegen: „Natürlich kommen heute Übersiedler im Erwerbsalter nicht etwa wegen der staatlichen Leistungen, die bei uns gewährt...“ werden (SPD-Pressedienst, 20. Februar 1990)

Lafontaine hält die NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands für einen „Anachronismus“. (Oskar Lafontaine, SPD-Parteitag Leipzig, taz, 24. Februar 1990)

Trotz dieser Zerstrittenheit kristallisiert sich eines heraus: Diejenigen, die in der SPD das Sagen haben, verfügen offenbar über ein Konzept.

Es heißt: Die Wiedervereinigung bremsen, wo es nur möglich ist. ■

SPD-Kanzlerkandidat

Mann ohne Format

Zur Kanzlerkandidatur des saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine erklärt Generalsekretär Volker Rühle:

Nach langem Zögern und Taktieren hat sich Oskar Lafontaine zur Kanzlerkandidatur bereit erklärt. Damit hat sich der SPD-Vorstand offensichtlich in einem Zustand tiefer Depression nach der verlorenen DDR-Wahl dem Diktat des saarländischen Ministerpräsidenten gebeugt, der seine Kandidatur davon abhängig machte, daß sich die Partei inhaltlich und personell

seinem Führungsanspruch bedingungslos unterwirft. Es bleibt abzuwarten, ob sich die vielen innerparteilichen Kritiker Lafontaines durch einen Maulkorberlaß zum Schweigen bringen lassen werden.

Die SPD tritt mit einem Kandidaten an, der entscheidende Verantwortung für die Wahlniederlage der SPD in der DDR trägt. Lafontaine ist ein Mann, der nicht in die Zeit paßt, in der die Menschen in Deutschland vor einer großen Chance und Herausforderung stehen.

Es wird sich schnell erweisen, daß der saarländische Ministerpräsident nicht das Format besitzt, Kanzler der Bundesrepublik Deutschland zu werden.

Konrad Adenauer zur deutschen Einheit:

Ein deutsches wie ein europäisches Werk

Für Konrad Adenauer war die Einheit Deutschlands immer ein klares Ziel seiner Politik; seine Leitlinie hieß: Freiheit, Selbstbestimmung, Menschenrechte für alle Deutschen. Er hat an die Einheit fest geglaubt, weil er davon überzeugt war, daß die Sehnsucht eines Volkes, in Freiheit zusammenzuleben, auf Dauer nicht unterdrückt werden kann. Deshalb war er für die westliche Wertegemeinschaft, deshalb trat er entschieden für die europäische Einigung ein, in die er die Wiedervereinigung eingebettet sehen wollte.

Das Wort vom europäischen Haus, heute von Gorbatschow aufgegriffen, stammt von Konrad Adenauer; der wußte schon damals: Das europäische Haus muß ein Haus der Freiheit sein.

„Die Teilung Deutschlands ist abnorm. Sie ist gegen göttliches und menschliches Recht und gegen die Natur. Ich kann es auch nicht nützlich finden, mit ihr als einer Realität zu argumentieren. Das Entscheidende ist die Überzeugung aller, daß sie nicht von Bestand bleiben kann und darf. Es gibt keine echte Sicherheit in Europa ohne die Wiederherstellung der deutschen Einheit.“

(Grundsatzklärung auf der Moskauer Konferenz, 9. September 1955)

„Wir würden in der Befriedung der Welt, in der Entspannung und in unserem Verhältnis zu Sowjetrußland unendlich viel

weiter sein, wenn endlich einmal den Deutschen in der Sowjetzone gestattet würde, frei zu sein und frei zu leben. Das ist der Wunsch, den ich habe, völlig frei von jedem nationalistischen Überschwang. Um die Menschen handelt es sich, und auf die Menschen kommt es an.“

(Deutscher Bundestag, 20. März 1958)

„Das deutsche Volk ist ein Volk. Es verlangt nichts anderes als sein natürliches Recht, in einer von ihm selbst frei gewählten Ordnung in einem Staate zu leben, ein Recht, das auch von den Alliierten des letzten Weltkrieges, auch von der Sowjetunion, stets anerkannt worden ist.“

(Brief an den sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin, 16. April 1957, zitiert nach „Erinnerungen 1955—1959“)

Worte aus den

Jahren 1955 bis 1967

„Wir dürfen auch die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands nicht zur Ruhe kommen lassen, damit nicht die Deutschen in der Sowjetzone und alle Satellitenvölker die Hoffnung verlieren.“

(Brief an den amerikanischen Außenminister John Foster Dulles, 12. Dezember 1955, zitiert nach „Erinnerungen 1955, zitiert nach Erinnerungen 1955—1959“)

„Es gibt für uns nur einen Rechtsstaat, einen demokratischen Staat, der auch die soziale Gerechtigkeit übt. Souveränität ist für uns ein hohes Gut, aber wir sind jederzeit bereit, sie einzubringen in eine übergeordnete Gemeinschaft der europäischen Völker. Auch das ist bereits in unserer Verfassung vorgesehen, die ebenso wie an die Gemeinschaft der Deutschen an die Gemeinschaft der Europäer gedacht hat.“

(Ansprache über den Sender „Freies Berlin“ am Tag der Wiedererlangung der Souveränität, 5. Mai 1955, Bulletin)

„Wir haben die Gewißheit, daß wir im Einklang handeln mit dem Geist der Zeit. Deshalb wird unser Werk gelingen, das ebenso gut ein deutsches Werk wie ein europäisches Werk ist, das zur Wiedervereinigung Deutschlands und zum Frieden führen soll.“

**(Rede vor dem Verein der Auslands-
presse, 25. März 1952)**

„Der Platz Deutschlands ist auf der Seite der Völker der freien Welt. Hierüber gibt es keine Diskussion, hierüber kann es auch keine Diskussion geben. Wir wissen, daß das deutsche Volk auch da, wo es nicht frei seine Ansicht äußern kann, jede Gemeinschaft mit der Welt der totalitären Staatsgewalt, der kollektiven Verfassung, der Unfreiheit des Einzelmenschen und der wirtschaftlichen Reglementierung verabscheut.“

(Deutscher Bundestag, 29. April 1954)

„Zu Europa gehören Länder, die eine reiche europäische Vergangenheit haben. Auch ihnen muß die Möglichkeit des Beitritts gegeben werden. Europa muß groß sein, muß Kraft haben, muß Einfluß haben, um seine Interessen in der Welt-politik zur Geltung bringen zu können.“

(Madrid, 16. Februar 1967)

Altersstruktur der Aus- und Übersiedler

Der altersmäßige Anteil der Aus- und Übersiedler in der Bundesrepublik Deutschland stellte sich im Jahr 1988 wie folgt dar:

Unter 18 Jahren:

● insgesamt in der Bundesrepublik Deutschland: 17,9 Prozent — Aussiedler: 32,4 Prozent — Übersiedler: 20,0 Prozent.

Von 18 bis 45 Jahren:

● insgesamt in der Bundesrepublik Deutschland: 39,4 Prozent — Aussiedler: 47,6 Prozent — Übersiedler: 52,8 Prozent.

Über 65 Jahren (der für die Rente entscheidende Bevölkerungsanteil):

● insgesamt in der Bundesrepublik Deutschland: 16,0 Prozent — unter den Aussiedlern: 4,1 Prozent — unter den Übersiedlern: 7,9 Prozent.

Es kann also keinesfalls die Rede davon sein, daß die Aus- und Übersiedler unser Rentensystem gefährden. Vielmehr tragen sie zu einer Stabilisierung der Beitragssysteme bei.

„Unser Ziel ist es, dafür zu arbeiten, daß die Gegensätze der Nationalstaaten in Europa im Laufe der Zeit verschwinden. Das gilt auch für die europäischen Länder, die jetzt dem Ostblock angehören.“

Unser Ziel ist, daß Europa einmal ein großes, gemeinsames Haus für alle Europäer wird, ein Haus der Freiheit.“

(Ansprache auf dem Deutschlandtreffen der Schlesier in Hannover, 11. Juni 1961, Bulletin, 12. Juni 1961)

Auch ein geeintes Deutschland bleibt demokratischer Bundesstaat

Eine der ersten Aufgaben der neuen Volkskammer wird die Entscheidung sein, ob die DDR als Ganzes, also als einwohnerstarkes Bundesland wie beispielsweise Nordrhein-Westfalen oder durch die traditionellen Länder Mecklenburg, Anhalt, Brandenburg, Sachsen und Thüringen dem Grundgesetz beitreten will. Wenn der zweite Weg gewählt wird, müssen demokratische Länderstrukturen geschaffen, d.h. Landtage gewählt und Landesregierungen gebildet werden. Das eröffnet die Chance für einen durchgreifenden demokratischen Neuaufbau von unten nach oben.

Über den Beitrittsakt hinaus dienen Länderstrukturen in der DDR einem organischen Einigungsprozeß. Es wird bisher — insbesondere in der DDR — noch zu wenig gesehen, daß auch in einem geeinten Deutschland die Bundesstaatlichkeit, also die Gliederung des Bundes in Länder, ein grundlegendes Verfassungsprinzip sein wird. Im Grundgesetz ist das föderative Prinzip in einer Weise fest verankert wie kaum in einer anderen Verfassung der Welt.

Die bundesstaatliche Ausgestaltung unseres Staatswesens verhindert ein bloßes „Aufgehen“ der DDR in die Bundesrepublik. Wie Hessen, Bayern oder Nordrhein-Westfalen werden auch Thüringen, Sachsen oder Mecklenburg ein gliedstaatliches Eigenleben unter dem Dach des Grundgesetzes führen. Im Bereich der Länderhoheiten, also etwa im Kultur- und Schulwesen, aber auch für die Bereiche Kindergärten, Kinderkrippen und soziale Betreuungseinrichtungen werden die DDR-Länder allein zuständig sein,

sowohl für die Gesetzgebung als auch deren Vollziehung. Um es klar auszusprechen: Kein Kinderkrippenplatz muß wegen der deutschen Einheit entfallen!

Die Rechtsordnung der Bundesrepublik ist allein zu übernehmen, soweit sie Bundesrecht darstellt. Auch in einem geeinten Deutschland müssen das Zivil- und Strafrecht, das Handels- und Gewerbe-recht einheitlich geregelt sein. Doch für die Anpassung des Bundesrechts werden notwendigerweise Übergangsregelungen

Manfred Langner, Justitiar der CDU/CSU-Bundestagsfraktion über die Bedeutung der bundesstaatlichen Ordnung des Grundgesetzes für den deutschen Einigungsprozeß

zwischen den beiden deutschen Staaten auszuhandeln sein; eine Übergangsfrist von drei Jahren wie seinerzeit beim Beitritt des Saarlandes, vielleicht wegen der komplizierteren Verhältnisse noch etwas länger, ist denkbar.

Im übrigen geht es hier keineswegs ausschließlich um die Übernahme spezifisch bundesrepublikanischer Normen. In den wichtigen Bereichen des Zivil- und Handelsrechts, aber auch des Gerichtsverfahrens gelten in der Bundesrepublik und demnächst auch wieder für die Deutschen in der DDR die großen deutschen Gesetzeswerke der Jahrhundertwende fort: das Bürgerliche Gesetzbuch aus dem Jahre 1896, das Handelsgesetzbuch von 1897, das GmbH-Gesetz von 1892, das

Generalsekretär Volker Rühle setzt Kommission zu „Sozialgemeinschaft“ ein

Zur Begleitung des deutsch-deutschen Einigungsprozesses hat Generalsekretär Volker Rühle neben der bereits bestehenden Kommission der CDU „Wirtschaft in der DDR“ eine weitere Kommission zur „Sozialgemeinschaft“ eingesetzt.

Aufgabe der Kommission ist es, Schritte zur Sozialunion zu entwickeln, denn die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der Bundesrepublik Deutschland muß zeitgleich verwirklicht werden. Die Kommission wird vor allem die Themen Sozialversicherung, Gesundheit, soziale Dienste, Wohnen, Frauen- und

Familienpolitik, Ausländerpolitik und Sozialpartnerschaften behandeln. Den Vorsitz der Kommission hat der Bundesvorsitzende der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft, Senator a. D. Ulf Fink, übernommen.

Neben Fach- und Verbandsvertretern aus der Bundesrepublik werden erstmals auch Vertreter aus der DDR in der Kommission mitarbeiten. Aus der DDR haben ihre Mitarbeit bereits zugesagt: Der Vorsitzende des Christlich-Sozialen Ausschusses der Ost-CDU (CSA), Dr. Seidel, sowie der Vorsitzende des Arbeitnehmerverbandes des Demokratischen Aufbruchs (ADA), Karl-Otto Launicke.

Genossenschaftsgesetz von 1889, das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (Kartellrecht) von 1909, die Zivilprozeßordnung und das Gerichtsverfassungsgesetz von 1877.

Natürlich wurde seit 1949 manches modifiziert, nicht zuletzt aufgrund bindender Richtlinien der EG, aber das Grundgerüst blieb im wesentlichen unverändert. Durch die Übernahme des Zivil- und Handelsrechts wird daher allein die ideologisch motivierte, sozialistische Abkoppelung der DDR aus der deutschen Zivilrechtstradition rückgängig gemacht. — An der Fortentwicklung und Gestaltung des gemeinsamen Bundesrechts werden die Deutschen in der DDR in Zukunft wieder über ein gesamtdeutsches Parlament, und zudem eben über ihre Länder im Bundesrat gleichberechtigt mitwirken. Nach dem Grundgesetz steht den hinzutretenden DDR-Ländern eine eigene

Staatlichkeit zu. Sie werden eine eigene Regierung, eine selbständige Landesverwaltung (zuständig nicht nur für den Vollzug des Landesrechts, sondern grundsätzlich nach dem System des Grundgesetzes ebenso für die Ausführung des Bundesrechts), ein freigewähltes Landesparlament und schließlich eine Landesverfassung haben. In der Ausgestaltung ihrer Verfassungen läßt das Grundgesetz den Ländern prinzipiell freie Hand.

Um das für einen Bundesstaat unentbehrliche Maß politischer Homogenität zu sichern, schreibt Art. 28 des Grundgesetzes einzig die Beachtung einiger elementarer Grundprinzipien vor: „Die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern muß den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Sinne des Grundgesetzes entsprechen.“

Kommunalwahlen in Bayern

Die neuen Oberbürgermeister

Nach den bayerischen Kommunalwahlen vom Sonntag ist in einer Reihe von Städten das Rennen bis zur Entscheidung in einer Stichwahl noch offen. Diese Stichwahl wird voraussichtlich in 14 Tagen stattfinden und die Entscheidung über die Oberbürgermeister-Posten z. B. in Regensburg, Würzburg und mehreren anderen bayerischen Städten bringen.

Aufgrund des komplizierten Wahlgesetzes ist auch mit dem vorläufigen amtlichen Endergebnis der Kommunalwahlen erst nach Redaktionsschluß zu rechnen. Nachfolgend deshalb die bereits feststehenden Ergebnisse der Oberbürgermeisterwahlen in der Landeshauptstadt, in den großen Kreisstädten und in den kreisfreien Städten:

Große Kreisstadt Dachau: Abg. 73,5 (69,3). Gewählt: Lorenz Reitmeier (CSU/ÜB) 60,0 (58,1). Wie bisher. 2. Bernd Sondermann (SPD) 18,5. 3. Gabriele Steinlechner (ÖDP) 7,0.

Große Kreisstadt Dillingen a. d. Donau: Abg. 74,6 (80,7). Gewählt: Hans-Jürgen Weigl (SPD/Freie) 93,8 (55,1). Wie bisher.

Große Kreisstadt Günzburg: Abg. 67,6 (67,2). Gewählt Rudolf Köppler (SPD) 95,2 (95,5). Wie bisher.

Große Kreisstadt Marktredwitz: Abg. 82,0 (76,4). Gewählt: Birgit Seelbinder (SPD) 56,7. Bisher: Hans-Achaz von Lindenfels (CSU/Freie). 2. Hans-Achaz von Lindenfels (CSU/Freie) 43,3 (50,8).

Große Kreisstadt Neuburg a. d. Donau: Abg. 71,4 (70,1). Gewählt: Hans Günter Huniar (Die Unabhängigen Neuburger/

CSU) 68,9 (53,1). Wie bisher. 2. Bernhard Lang (SPD) 26,2. 3. Werner Menzel (REP) 4,9.

Große Kreisstadt Neumarkt: Abg. 75,3 (74,0). Gewählt: Alois Karl (CSU) 58,2. Bisher: Kurt Romstöck (CSU) (70,0). 2. Bernd Kaksch (SPD) 23,5 (30,0). 3. Ernst Reischböck (UPW) 15,4.

Große Kreisstadt Schwandorf: Abg. 77,3 (82,0). Gewählt: Hans Kraus (CSU) 72,5 (69,9). Wie bisher. 2. Otto Kuhn (SPD) 27,5.

Große Kreisstadt Weißenburg: Abg. 74,1 (77,2). Gewählt: Reinhard Schwirzer (CSU) 84,0. Wie bisher. 2. Heinz Gruber (Grüne) 16,0.

Kreisfreie Stadt Amberg: Abg. 70,6 (70,4). Gewählt: Wolfgang Dandorfer (CSU) 54,2. Bisher: Franz Prechtel (CSU) (57,9). 2. Thomas Fleischmann (SPD) 41,8 (41,0). 3. Lutz Lang (Grüne) 4,0.

Kreisfreie Stadt Augsburg: Abg. 67,0 (66,8). Gewählt: Peter Menacher (CSU) 50,7. Bisher: Hans Breuer (SPD) 56,3. 2. Arthur Fergg (SPD) 30,0. 3. Christine Kamm (Grüne) 6,2 und Wolfgang Hüttel (REP) 6,2.

Kreisfreie Stadt Erlangen: Abg. 71,8 (72,3). Gewählt: Dietmar Hahlweg (SPD) 57,4 (59,9). Wie bisher. 2. Joachim Herrmann (CSU) 36,3. 3. Ingrid Säckel (Grüne) 3,5.

Kreisfreie Stadt Fürth: Abg. 63,2 (66,4). Gewählt: Uwe Lichtenberg (SPD) 56,7 (54,3). Wie bisher. 2. Ferdinand Metz (CSU) 31,4. 3. Heidrun Lau (Bürgerliste) 5,4.

Kreisfreie Stadt Ingolstadt: Abg. 69,6 (64,8). Gewählt: Peter Schnell (CSU) 61,2

Die Notaufnahme für Übersiedler wird am 1. Juli aufgehoben

Das Notaufnahmeverfahren für Übersiedler aus der DDR soll zum 1. Juli dieses Jahres abgeschafft werden. Das hat die Bundesregierung am 20. März beschlossen. Das Kabinett stellte diesen Beschluß in engen Zusammenhang mit der Schaffung der Währungs- und Sozialunion, die ebenfalls zum 1. Juli geplant ist.

Wie Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble nach der Kabinettsitzung vor Journalisten berichtete, wurde auch die Abschaffung des einmaligen Begrüßungsgeldes von 200 Mark und die Gewährung zinsverbilligter Ein-

richtungsdarlehen von 4.000 DM im Grundsatz beschlossen. Das monatliche Eingliederungsgeld von höchstens 1.200 DM sei davon zunächst nicht betroffen.

Dies müsse innerhalb der Sozialunion geregelt werden, sagte Schäuble. Eine vorherige Streichung würde den Übersiedlern nach seinen Worten nur wieder Anspruch auf das in der Regel höhere Arbeitslosengeld geben.

Nach Angaben des Arbeitsministeriums sind die Vorbereitungen für die Sozialunion so weit gediehen, daß sie schnellstens verwirklicht werden können.

(68,8). Wie bisher. 2. Franz Götz (SPD) 34,6 (30,4). 3. Petra Kleine (Grün-Alternative-Liste) 4,1.

Kreisfreie Stadt Kaufbeuren: Abg. 66,0 (64,0). Gewählt: Rudolf Krause (CSU/FWG) 82,1 (93,8). Wie bisher. 2. Manfred Herold (Grüne) 17,9.

Landeshauptstadt München: Abg. 65,4 (71,4). Gewählt: Georg Kronawitter (SPD) 61,7 (58,1). Wie bisher. 2. Hans Klein (CSU) 26,2. 3. Ingrid Schönhuber (REP) 5,0.

Kreisfreie Stadt Nürnberg: Abg. 66,2 (66,8). Gewählt: Peter Schönlein (SPD) 51,8 (57,6). Wie bisher. 2. Oscar Schneider (CSU) 36,9. 3. Rudolf Heindl (REP) 4,3.

Kreisfreie Stadt Weiden: Abg. 75,7 (72,4). Gewählt: Hans Schröpf (CSU) 69,4 (73,9). Wie bisher. 2. Gerd Dreythaller (SPD) 29,1 (35,1). ■

Helmut Kohl:

Ein guter Vorschlag

Der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, hat den Vorschlag von Ministerpräsident Ernst Albrecht, Rita Süßmuth nach der Landtagswahl als Sozialministerin zu berufen und sie in einigen Jahren für das Amt des Ministerpräsidenten vorzuschlagen, eine für das Land Niedersachsen hervorragende Entscheidung genannt.

Helmut Kohl: Frau Süßmuth hat sich als Bundesministerin sachkundig und engagiert für die Belange der Frau in Familie, Beruf und Gesellschaft eingesetzt und als Präsidentin des Deutschen Bundestages hohes Ansehen erworben. Ich bin sicher, daß Rita Süßmuth auch bei den neuen Aufgaben Hervorragendes leisten wird.

Medizinische Soforthilfe für die DDR

Zur kurzfristigen Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung in der DDR im Rahmen der Soforthilfe zur Schließung von kurzfristig entstandenen Versorgungslücken unterstützt die Bundesregierung die zeitlich begrenzte Tätigkeit von Angehörigen der Heilberufe (approbierte Ärzte, Krankenschwestern und Krankenpfleger usw.) aus der Bundesrepublik Deutschland in der DDR.

Die entsprechende Tätigkeit kann allerdings nur auf ausdrücklichen Wunsch und mit Zustimmung der entsprechenden Gesundheitseinrichtungen in der DDR aufgenommen werden. Interessenten aus der Bundesrepublik Deutschland sollten sich unmittelbar bei den medizinischen Einrichtungen in der DDR bewerben.

Eine zentrale Vermittlung aus der Bundesrepublik Deutschland findet nicht statt. Zwischen dem Bewerber aus der Bundesrepublik Deutschland und der entsprechenden Gesundheitseinrichtung in der DDR wird nach Erteilung der entsprechenden Berufserlaubnis durch den zuständigen Bezirksarzt in der DDR ein zeitlich befristeter Arbeitsvertrag geschlossen. Die Tätigkeit des Bewerbers aus der Bundesrepublik Deutschland wird in der DDR zu den dort üblichen Tarifen in Mark der DDR vergütet.

Da die in der Bundesrepublik Deutschland weiter bestehenden Unkosten nicht von einer Vergütung in Mark der DDR abgedeckt werden können, wird ein Nachteilsausgleich für unabweisbare Unkosten, die in der Bundesrepublik weiter bestehen, gewährt.

Im Rahmen des Nachteilsausgleiches werden die Aufwendungen für die soziale Sicherung (Kranken- und Rentenversi-

cherung sowie Beträge zur beruflichen Altersversorgung) in ihrer tatsächlichen Höhe übernommen.

Zusätzlich wird ein Pauschalbetrag gezahlt, der sich aus einem Grundbetrag (App. Ärzte/Krankenschwestern, Krankenpfleger 1.500/1.200 DM) und einem Zuschlag für den unterhaltsberechtigten Ehegatten (500 DM) sowie einem Zuschlag für jedes unterhaltsberechtigte Kind (300 DM) zusammensetzt, wobei eine Höchstgrenze (2.600/2.300 DM) nicht überschritten wird. Ärzte im Prakti-

Zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung in der DDR: Nachteilsausgleich für Ärzte und Ärztinnen sowie für Krankenschwestern und Krankenpfleger aus der Bundesrepublik.

kum erhalten einen Zuschlag für jeden unterhaltsberechtigten Familienangehörigen in Höhe von 150 DM. Der Nachteilsausgleich wird zum 1. eines jeden Monats rückwirkend für den vergangenen Monat gezahlt.

Voraussetzungen für die Zahlung des **auf Antrag** zu leistenden Nachteilsausgleichs sind:

- Vorlage des mit der medizinischen Einrichtung der DDR geschlossenen Arbeitsvertrages, der vor dem 1. Januar 1991 geschlossen sein muß
- eine grundsätzliche Befristung des Arbeitsverhältnisses von 6 bis zu 12 Monaten. Eine Mindestfrist von 3 Monaten darf nicht unterschritten werden. ■

Den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht in der DDR verhindern

Zur Wettbewerbskontrolle in der DDR erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Matthias Wissmann:

Die sich abzeichnende Gründungswelle deutsch-deutscher Unternehmenszusammenschlüsse erfordert unverzüglich die Einführung einer wirksamen Wettbewerbskontrolle in der DDR. Gerade in der „Startphase“ einer Marktwirtschaftsordnung in der DDR sind Vorschriften über eine Mißbrauchsaufsicht, Kartellverbote und eine Fusionskontrolle nach dem Vorbild des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) unerlässlich.

Nur so kann von vornherein gewährleistet werden, neuen Unternehmen die Chance des Marktzutritts zu eröffnen, wettbewerbschädliche Machtzusammenballungen zu bekämpfen und den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht zu verhindern.

Sanierung von unten

Die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen westlicher Firmen mit DDR-Unternehmen ist dabei von zentraler Bedeutung. Solche Zusammenschlüsse dürfen nicht zu Wettbewerbsstrukturen führen, welche zu Lasten kleiner und mittlerer Unternehmen gehen; nur wenn es in der DDR zum Aufbau einer leistungsfähigen mittelständischen Wirtschaftsstruktur kommt, wird es gelingen, die DDR-Wirtschaft „von unten“ zu sanieren.

Die Vorschläge der SPD zur Einführung eines generellen Verbotes von „Größtfusionen“ sind ordnungspolitisch verfehlt

und zur Lösung der Wettbewerbsprobleme in der DDR ungeeignet. Die Größe alleine besagt noch nichts über die wettbewerbliche Relevanz von Unternehmenszusammenschlüssen. Entscheidend ist daher nicht die Größe eines Unternehmens, sondern die Frage der Marktherrschaft. Ein Verbot von „Großfusionen“ ist deshalb im deutschen und europäischen Kartellrecht bewußt nicht verankert worden.

Auch die von der SPD geforderten Entflechtungsregelungen für Großkonzerne gehen an den eigentlichen Problemen der DDR vorbei. Entscheidend ist jetzt nicht, staats eigene Betriebe in der DDR zu entflechten, sondern sie zu privatisieren. Nur die Überführung der uneffizienten Staatsbetriebe in möglichst breit gestreutes Privateigentum läßt das Entstehen eines dynamischen Wettbewerbs erwarten.

Arbeitsförderung weiter auf Rekordniveau

Im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit stehen für die Förderung der beruflichen Fortbildung und Umschulung in diesem Jahr 6,4 Milliarden DM zur Verfügung. Das sind 700 Millionen mehr als im vergangenen Jahr. Für die berufliche Rehabilitation sind 3,2 Milliarden DM vorgesehen. Das ist der höchste Betrag, der jemals für die berufliche Integration Behinderter bereitgestellt wurde. Für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen stehen 3,2 Milliarden DM bereit — viermal so viel wie 1982.

Dregger begrüßt C-Waffen-Abzug

Zu der Ankündigung des Bundesministers der Verteidigung, Gerhard Stoltenberg, daß die amerikanischen chemischen Waffen aus der Bundesrepublik Deutschland bis September 1990 abgezogen werden, erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger:

Ich begrüße den Abzug der amerikanischen chemischen Waffen vom Territorium der Bundesrepublik Deutschland. Besonders begrüße ich, daß sie noch früher abgezogen werden, als es 1986 Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Tokio vom US-Präsident Reagan zugesagt worden war. In einem Gespräch mit dem damaligen US-Verteidigungsminister Weinberger am 5. Juni 1985 in Washington konnte ich diese Entscheidung des amerikanischen Präsidenten und des deutschen Bundeskanzlers vorbereiten.

Der Abzug der amerikanischen chemischen Waffen aus der Bundesrepublik Deutschland ist ein gemeinsamer Erfolg des Bundeskanzlers und der Unionsfraktion. Anders als diejenigen, die ihren Frust gegen Militär und Amerikaner in Demos freien Lauf ließen, haben wir gemeinsam mit sachlichen Argumenten die amerikanischen führenden Politiker davon überzeugen können, daß nicht alles, was zur gemeinsamen Sicherheit (noch) notwendig erscheint, auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland gelagert werden muß.

Unsere amerikanischen Freunde haben diese Argumente verstanden und die Voraussetzungen für diesen bedeutenden Abrüstungsschritt geschaffen.

Die chemischen Waffen töten lautlos und wahllos. Man kann mit ihnen weder

Krieg führen noch von ihm abschrecken. Ihr Gebrauch ist deshalb schon seit 1923 geächtet.

Dennoch gibt es sie. Dennoch wurden und werden sie eingesetzt. Dennoch gibt es Staaten, die sie sich neu beschaffen.

Das ist ein gefährlicher Weg. Denn die Hemmschwelle vor ihrem Gebrauch ist offensichtlich niedriger geworden als in der Vergangenheit. Deshalb muß diese Entwicklung gestoppt werden.

Deshalb werden wir alles tun, damit ein weltweiter Vertrag über die Ächtung und Beseitigung der chemischen Waffen auf der Genfer Abrüstungskonferenz zustande kommt.



Ende 1990 keine chemischen Waffen in Deutschland

Im Mai 1986 haben Bundeskanzler Helmut Kohl und der damalige amerikanische Präsident Ronald Reagan am Rande des Tokioer Weltwirtschaftsgipfels vereinbart, daß die in der Bundesrepublik Deutschland lagernden Bestände an amerikanischen chemischen Waffen bis spätestens Ende 1992 vollständig und ersatzlos abgezogen und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland vernichtet werden.

Gleichzeitig wurde Übereinstimmung erzielt, daß keine neuen chemischen Waffen im Frieden in der Bundesrepublik Deutschland stationiert werden.

Am 6. März 1989 hat der amerikanische Außenminister in Wien die Weisung von

Präsident George Bush bekanntgegeben, nach Wegen zu suchen, um den Abzug zu beschleunigen. Mit dieser Entscheidung folgte die amerikanische Regierung einer entsprechenden Bitte der Bundesregierung.

Nachdem nunmehr in enger und sorgfältiger gemeinsamer deutsch-amerikanischer Vorbereitung alle Voraussetzungen für einen Abzug der chemischen Waffen geschaffen wurden, ist die Planung darauf ausgerichtet, daß der Abtransport im Sommer 1990 beginnt und noch zum Jahresende abgeschlossen sein wird.

Damit wird es keine chemischen Waffen mehr in der Bundesrepublik Deutschland geben. Auch im Krisen- oder Verteidigungsfall ist sichergestellt, daß chemische Waffen nicht ohne Zustimmung der Bundesregierung in die Bundesrepublik Deutschland gebracht werden können. Dies beendet die Rolle der Bundesrepublik Deutschland als einzigem Stationierungsland für chemische Waffen unter den europäischen NATO-Staaten.

Es ist die erklärte Politik und das vorrangige Ziel dieser Bundesregierung, ein umfassendes, weltweit gültiges, mit wirksamen Verifizierungsregeln unter Ein-schluß von Verdachskontrollen ausgestattetes Abkommen zu erreichen, das Entwicklung, Herstellung, Besitz, Erwerb, Weitergabe und Einsatz aller chemischen Waffen uneingeschränkt verbietet und die vollständige Vernichtung bestehender Waffenbestände unter internationaler Kontrolle herbeiführt.

Die in der Genfer Abrüstungskonferenz hierzu geführten Verhandlungen sind sehr weit fortgeschritten. Wenn heute die Erwartung besteht, daß ein Vertrag über einen weltweiten Bann dieser Waffen in naher Zukunft möglich sein kann, dann hat die Bundesregierung dazu wesentlich beigetragen. ■

Grünes Licht für die Abschätzung der Technikfolgen

Der Forschungsausschuß des Deutschen Bundestages hat das Startsignal für eine neue Form wissenschaftlicher Parlamentsberatung gegeben. Auf Initiative von CDU/CSU und FDP wird der Deutsche Bundestag für zunächst drei Jahre in der Technikfolgenabschätzung mit einer externen wissenschaftlichen Institution zusammenarbeiten. Der Auftrag wurde an die Arbeitsgruppe für angewandte Systemanalyse (AFAS) des Kernforschungszentrums Karlsruhe vergeben.

Für das Haushaltsjahr 1990 werden zwei Millionen DM für die institutionelle Förderung dieser Einrichtung und 540 000 DM für entsprechende Studien des Ausschusses für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung bereitgestellt. Die AFAS wird in Bonn ein Büro für die Kooperation mit dem Deutschen Bundestag einrichten. Sie soll

- eigene Technikfolgenanalysen durchführen
- die parlamentsorientierte Durchführung von Technikfolgenanalysen anderer Einrichtungen gewährleisten
- die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Politik organisieren.

Jürgen Rüttgers, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Mit der Auftragsvergabe durch den Forschungsausschuß ist die Voraussetzung für eine Stärkung des parlamentarischen Sachverständigen geschaffen. Den Abgeordneten steht damit ein neues Instrument für qualifizierte Information und Beratung zur Verfügung. ■

Dank an Willi Weiskirch

Er war „Sachwalter und Anwalt“ für die Belange der Soldaten

Einvernehmlich haben alle Fraktionen im Verteidigungsausschuß dem Wehrbeauftragten Willi Weiskirch für seine „vertrauensvolle Zusammenarbeit“ gedankt, als sie ihn in der letzten Woche verabschiedeten. Seine Amtsführung sei sehr erfolgreich gewesen und sein Jahresbericht habe eine „eigene Sprache“ aufgewiesen.

Mit Autorität und Mut habe er sein Amt ausgeführt und großes Ansehen bei der Truppe genossen. Die Obleute der Fraktionen überreichten ihm als gemeinsames Geschenk ein Buch mit dem Titel: „Friedrich der Große und seine Generale“.

„Vertrauen und Herz“

Zuvor hatte der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Alfred Biehle, in seiner Dankesrede für Weiskirch darauf hingewiesen, daß eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen dem Verteidigungsausschuß und dem Wehrbeauftragten eine besonders wichtige Voraussetzung für den Erfolg der gemeinsamen Arbeit beider Institutionen für die Streitkräfte und die Soldaten sei. Er könne feststellen, so Biehle, daß in den zurückliegenden fünf Jahren ein „besonders vertrauensvolles Verhältnis“ bestanden habe. Dafür wolle er sich auch im Namen des Ausschusses ausdrücklich bedanken. Die Anzahl der Eingaben an den Wehrbeauftragten sei weiter gewachsen; der Jahresbericht 1989 weise allein über 10.000 aus. Dieser „deutliche Trend“ sei nicht nur ein Beleg dafür, daß die Solda-

ten von ihrem Recht zur Eingabe unbefangen und zunehmend Gebrauch machen, sondern er zeige auch an, daß sie ihre Rechte und die Funktion des Wehrbeauftragten kennen. Dieses zu verbessern sei ein besonderes Anliegen von Weiskirch gewesen. Damit habe er großen Erfolg gehabt.

Weiskirch habe über Autorität verfügt, die er nicht nur vordergründig von Amts wegen habe, sondern vielmehr weil er bei seiner Wahrnehmung der Aufgabe „Vertrauen und Herz“ habe spüren lassen. Sein hohes Ansehen bei den Soldaten sei Ausdruck dieser „personalen Autorität“. Seine Feststellungen und Bewertungen seien Gegenstand deutlicher Kritik von verschiedenen Seiten gewesen. Er habe bei diesen Gelegenheiten seine Unabhängigkeit im Amt unter Beweis gestellt und sich stets als „Sachwalter und Anwalt“ für die Belange aller Soldaten gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit verstanden.

Abschied und Wehmut

Weiskirch bedankte sich für die Verabschiedung und wies darauf hin, daß er gerne mit dem Ausschuß zusammengearbeitet habe, zumal er aus den eigenen Reihen gekommen sei. Mit „Wehmut“ verlasse er sein Amt und werde sich nun der Publizistik widmen. Beim Heer in Weiden und bei der Luftwaffe in Nörvenich habe er sich bereits verabschiedet und werde nun noch einen Abschiedsbesuch bei der Marine in Wilhelmshaven machen.

Neuer Bundesvorstand gewählt

„Gemeinsam die Freiheit gestalten“ – unter diesem Motto stand die 43. Bundesdelegiertenversammlung des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) am 10./11. März in Königswinter. Mit der Aufnahme der fünf bislang existierenden RCDS-Gruppen in der heutigen DDR ist der RCDS als größter und traditionsreichster politischer Studentenverband zugleich die erste gesamtdeutsche Studentenorganisation.

Zum neuen Bundesvorsitzenden des RCDS wählte die Bundesdelegiertenversammlung den 23jährigen Jura-Studenten Marcel Kaufmann aus Bonn. Zu stellvertretenden Bundesvorsitzenden wurde der Darmstädter Wirtschaftsingenieur-Stu-

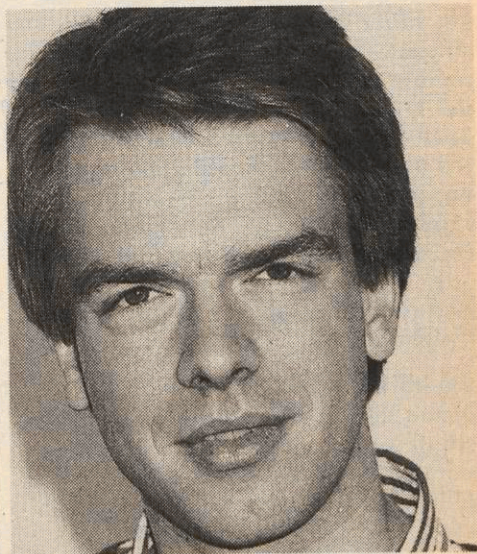
Freiheit und Perspektive für die Hochschulen in ganz Deutschland gefordert

dent Matthias Boxberger (23 Jahre) und der Freiburger Jura-Student Levin Holle (22 Jahre) gewählt.

Die diesjährige Bundesversammlung war damit die erste Tagung christlich-demokratischer Studentengruppen aus ganz Deutschland seit Beginn der Teilung Deutschlands: Nach dem „Marburger Treffen“ vom März 1947 wurden die Gruppen in der damaligen sowjetischen Besatzungszone im Rahmen der Hochschulgleichschaltung zerschlagen.

43 Jahre später diskutierten Studentenvertreter aus beiden deutschen Staaten wieder gemeinsam über Leitlinien einer künftigen deutschen Hochschulpolitik. Dazu der neugewählte RCDS-Bundesvorsitzende: „Politische Schwerpunkte sind

falsch gesetzt, wenn allein die Wirtschafts-, Währungs- oder Sozialpolitik die aktuelle deutschlandpolitische Diskussion bestimmen. Die Sicherung der Zukunft eines Landes fängt mit der Eröffnung von Perspektiven für seine jungen



Zum neuen Bundesvorsitzenden des RCDS hat die Bundesdelegiertenversammlung den 23jährigen Jura-Studenten Marcel Kaufmann aus Bonn gewählt.

Menschen an. Die Bildungspolitik ist daher gefordert, wenn Zukunft für die Studenten in der DDR zu Hause beginnen soll.“

Eine qualifizierte Ausbildung an den Hochschulen der DDR wird mit dem jetzigen Personalstamm nicht zu erreichen sein. Daher sind im Laufe der nächsten zwei Semester alle Dienstverträge mit Dozenten an den Hochschulen der DDR zu überprüfen und die Einstellungs- bzw. Berufungsverhandlungen unter dem Leitungskriterium neu durchzuführen. ■

Der Mittelstand ist eine Säule der Sozialen Marktwirtschaft

„Freiheit statt Sozialismus“ — unter diesem Motto stand der 35. Bundeskongreß der Mittelstandsvereinigung von CDU und CSU im neuen Bonner Maritim-Kongreßzentrum am 9. und 10. März 1990. Herausragender Aspekt dieses Kongresses war die Teilnahme zahlreicher Mittelständler aus der DDR, von denen einige Vertreter auch engagiert in die Debatte eingriffen und bei ihren Redebeiträgen den ungeteilten Beifall der Delegierten fanden. Denn — so formulierte es der Bundesvorsitzende Elmar Pieroth — „der Mittelstand ist prädestiniert, die Gegensätze zwischen Ost und West zu überbrücken“.

Ein starker Mittelstand in der DDR könne eine Säule der Sozialen Marktwirtschaft werden, dann sei auch die Finanzierung der großen Aufgaben nach den Jahren sozialistischer Mißwirtschaft gesichert. Allein 500.000 neue Stellen im Handwerk würden der DDR einen ungeahnten Aufschwung bringen. „Die Produktionsmittel gehören in die Hände von Unternehmern und nicht in die Verfügungsgewalt von Funktionären“, sagte Pieroth. Schutz verlangte der Bundesvorsitzende allein für die kleinen Einzelhändler, die sonst von den großen Supermarkt-Ketten hoffnungslos an die Wand gedrückt würden.

Seine letzte Rede als Vorsitzender des Diskussionskreises Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hielt MdB Hansheinz Hauser, der in der nächsten Legislaturperiode nicht wieder für den Deutschen Bundestag kandidiert, aber weiterhin Landesvorsitzender des Mittelstandes in Nordrhein-Westfalen

bleibt. Hauser stellte nachdrücklich die großen wirtschaftlichen Erfolge der von Helmut Kohl geführten Bundesregierung heraus. „Wir haben sieben fette Jahre hinter uns, und immer noch steht die Konjunktur unter Dampf.“

Daß wir uns auch im achten Jahr einer ununterbrochenen Aufwärtsentwicklung befinden, bezeichnete Hauser als einen in der Nachkriegszeit einmaligen Vorgang. Als mittelständische Erfolge nannte Hauser die Steuerreform, deren dritte jetzt in

Elmar Pieroth auf dem 35. Bundeskongreß der Mittelstandsvereinigung von CDU und CSU: „Die Produktionsmittel gehören in die Hände von Unternehmern und nicht in die Verfügungsgewalt von Funktionären“.

Kraft getretene Stufe besonders den mittelständischen Unternehmern große steuerliche Erleichterungen gebracht habe. Ein weiterer Erfolg für den Mittelstand bilde die Novelle zum Kartellrecht, wodurch die Wettbewerbsbedingungen für kleine und mittlere Handelsunternehmen ein gutes Stück verbessert worden seien. Eine Zukunftsaufgabe sei die Auflösung des Vermittlungsmonopols der Bundesanstalt für Arbeit. Scharf rechnete Hauser mit den Forderungen der Gewerkschaften nach kürzerer Arbeitszeit ab.

Angesichts des herrschenden Facharbeitermangels stoße man hier an Grenzen.

Die Funktionäre sollten sich lieber um ihre Pleite-Unternehmen wie Coop und Neue Heimat kümmern, denn Hauptleidtragender ihrer verfehlten Wirtschaftspolitik sei in jedem Falle der „kleine Mann“.

Der Sozialismus sei nicht nur bei uns, sondern überall, auch in der DDR gescheitert, stellte Hauser fest und zitierte unter großem Beifall Franz Josef Strauß, der einmal gesagt hat: „Der Versuch, Planwirtschaft zu modernisieren, ist wie das Experiment, einen Schneeball rösten zu wollen“.

Hauser wurde mit großen Ovationen verabschiedet. Noch stärker war der Beifall am Tag zuvor für Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, der in einer kämpferischen Rede mit den „Wendehälsen“ hier und in der DDR scharf abrechnete.

Volker Rühle: Wohlstand und Beschäftigung sichern

Generalsekretär Volker Rühle nannte in seiner Rede auf dem Bundeskongreß der Mittelstandsvereinigung die deutsche Einheit ein Ziel, das nicht auf Kosten der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen gehen dürfe. Eine Reform der Unternehmensbesteuerung in der nächsten Legislaturperiode bleibe notwendig, um die Attraktivität unseres Wirtschaftsstandortes dauerhaft zu sichern.

Weiter Rühle: Wir müssen feststellen, daß unsere Konkurrenten alles daransetzen, ihre steuerlichen Standortbedingungen zu verbessern. Die USA, Großbritannien, die Niederlande, Frankreich, Japan und Kanada haben Unternehmensteuerreformen durchgeführt, ebenso sozialistisch regierte Länder wie Österreich und Schweden. Diese Länder tun dies nicht, um ihren Unternehmen „einen auszuge-

ben“; sie wollen Investitionen fördern und damit Arbeitsplätze schaffen.

Die CDU will den internationalen Wettlauf — so der Generalsekretär — um günstige steuerliche Rahmenbedingungen aufnehmen, Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten deutscher Unternehmen abbauen und so Wohlstand und Beschäftigung sichern. Wir dürfen gerade wegen der bevorstehenden deutschen Einheit auf eine Unternehmensteuerreform nicht verzichten. Was wirtschaftspolitisch falsch ist, kann nicht deutschlandpolitisch richtig sein.

Wenn Oskar Lafontaine im Zusammenhang mit der deutschen Einigung fordert, auf die Unternehmensteuerreform zu verzichten, zeige dies nur, daß er von Wirtschaft nichts versteht. In einem Land, in dem jeder dritte Arbeitsplatz vom Export abhängt, müsse die Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen oberstes Gebot sein.

Rühle: Wir brauchen eine Unternehmensteuerreform, damit die Konjunktur auch morgen läuft. Nur so verdienen wir auch das Geld, das wir für die deutsche Einheit benötigen. Für uns kann es vernünftigerweise nur um folgendes gehen: Wo öffentliche Hilfen notwendig sind, müssen sie durch Umschichtungen und notfalls auch durch eine vorübergehende Erhöhung der Neuverschuldung finanziert werden. Höhere Kredite, die dazu dienen, in Deutschlands Zukunft zu investieren, sind vertretbar, weil ihnen höhere Erträge gegenüberstehen.

Elmar Pieroth: „Ich hoffe, daß der nächste Mittelstandskongreß in einem vereinten Deutschland in Berlin Unter den Linden stattfinden kann.“

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1



EINIGKEIT UND RECHT UND FREIHEIT

CDU

Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

UID

10/90

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93, **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421, **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje, **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50), **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Herstellung:**  Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.